



GOVERNEMENT

*Liberté
Égalité
Fraternité*



Pressemappe

Informelles Ministertreffen
Justiz und Inneres

Lille

3. und 4. Februar 2022

Inhaltsverzeichnis

Was ist die französische Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union?	3
Worin besteht die französische Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union?	3
Was ist der Rat der Europäischen Union?	3
Informelles Treffen der Innenminister	4
Grußwort von Gérald Darmanin, dem französischen Innenminister	5
Die Reform des Schengen-Raums	6
Die Zukunft des Katastrophenschutzes in Europa	6
Der Kampf gegen Radikalisierung	7
Das neue Migrations- und Asylpaket	7
Tagesordnung	8
Teilnehmende	9
Informelles Treffen der Justizminister	10
Grußwort von Éric Dupond-Moretti, Siegelbewahrer, französischer Justizminister	11
Schutz der europäischen Bürgerinnen und Bürger vor Hassverbrechen und Hassreden	12
Verbesserung der Wirksamkeit der Entführungsalarmsysteme	13
Prüfung der Modalitäten für die Anerkennung der Abstammung zwischen den EU-Mitgliedstaaten	13
Tagesordnung	14
Teilnehmende	15
Die Stadt Lille	16
Pressekontakte	17

Was ist die französische Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union?

Worin besteht die französische Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union?

Eine turnusmäßige Präsidentschaft

Jeder Mitgliedstaat übernimmt turnusmäßig für sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Frankreich hat vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2022 die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union inne. Die Ratspräsidentschaft organisiert die Treffen des Rates, arbeitet Kompromisse aus, legt Schlussfolgerungen vor und sorgt für Kohärenz und Kontinuität des Entscheidungsprozesses. Sie achtet darauf, dass die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten gelingt, und pflegt die Beziehungen des Rates zu den Europäischen Institutionen, insbesondere zur Europäischen Kommission und zum Europäischen Parlament.

Was ist der Rat der Europäischen Union?

Im Rat der Europäischen Union, der auch als „Ministerrat der Europäischen Union“ oder „Rat“ bezeichnet wird, kommen die Minister der EU-Mitgliedstaaten nach Tätigkeitsbereichen zusammen. Er ist, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, das Rechtsetzungsorgan der Europäischen Union.

Genauer gesagt treffen sich die Minister zu neun verschiedenen Themenbereichen in den folgenden zehn Ratsformationen: Allgemeine Angelegenheiten / Wirtschaft und Finanzen / Justiz und Inneres / Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz / Wettbewerbsfähigkeit / Verkehr, Telekommunikation und Energie / Landwirtschaft und Fischerei / Umwelt / Bildung, Jugend, Kultur und Sport.

Jede EU-Ratspräsidentschaft organisiert auch informelle Treffen, die einer Ratsformation in Brüssel entsprechen.

Das informelle Treffen des Rates „Justiz und Inneres“ wird am 3. und 4. Februar 2022 in Lille stattfinden. Die Innenminister treffen sich am 3. Februar und die Justizminister am 4. Februar.

Informelles Treffen der Innenminister

Donnerstag, 3. Februar - Lille

Das informelle Treffen der Minister für Justiz und der Minister für Inneres findet jeweils am 3. und 4. Februar 2022 in Lille statt. Die Innenminister treffen sich am 3. Februar in Anwesenheit von Vertretern der Europäischen Kommission sowie von Frontex, Europol und der Asylagentur der Europäischen Union; die Justizminister treffen sich am 4. Februar.

Grußwort von Gérald Darmanin, dem französischen Innenminister

Das Motto der französischen EU-Ratspräsidentschaft lautet: „Aufschwung, Stärke, Zugehörigkeit“. Wie es der französische Staatspräsident während seiner Pressekonferenz am 9. Dezember dargelegt hat, möchten wir im Laufe unserer Ratspräsidentschaft zu einer Europäischen Union beitragen, die vollkommen frei Entscheidungen treffen und über ihr Schicksal bestimmen kann.

Aus diesem Grund habe ich den Innenministern vorgeschlagen, den Fokus unserer Gespräche auf die Bewältigung der Herausforderungen zu legen, die für die Sicherheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Unsere Diskussionen werden sich zunächst mit der Sicherheit unserer Grenzen befassen. Ganz gleich ob es um die Krise in Belarus, den Migrationsdruck im Mittelmeer und im Ärmelkanal oder um die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität geht – wir benötigen eine starke politische Führung zur Stärkung des Schengen-Raums und zum Schutz unseres gemeinsamen Raums der Freiheit. Angesichts der mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen werden wir uns anschließend mit der Zukunft des Katastrophenschutzes in Europa befassen, sowohl unter dem Gesichtspunkt der Forschungsarbeit und der Einsatz- und Kapazitätsplanung als auch im Hinblick auf den Beitrag, den die Zivilgesellschaft und das gesellschaftliche Engagement hierzu leisten.

Im Rahmen eines Arbeitssessens werden wir über den Kampf gegen Terrorismus und Radikalisierung sprechen. Wir müssen gegen diejenigen, die unsere Werte angreifen und versuchen, unsere Gesellschaften zu destabilisieren, kompromisslos vorgehen, uns unsere Schwächen eingestehen und geeignete Antworten darauf finden.

Zum Abschluss des Treffens werden wir das Migrations- und Asylpaket besprechen. Nun, eineinhalb Jahre nach dem Vorschlag der Kommission und nachdem frühere Reformen gescheitert sind, müssen wir konkrete Fortschritte erzielen. Die französische EU-Ratspräsidentschaft schlägt einen schrittweisen Ansatz vor, der weiterhin ehrgeizige Ziele sowie ein Gleichgewicht zwischen Solidarität und Verantwortung anstrebt und der dabei sämtliche geäußerten Einschränkungen und Bedenken berücksichtigt. Wir müssen das Vertrauen in unsere Fähigkeit, gemeinsam eine wirkliche europäische Migrationspolitik beschließen, zurückgewinnen.

Die Innenminister treffen sich am 3. Februar. Bei den Gesprächen wird es um vier Themenbereiche gehen.

Die Reform des Schengen-Raums

Der Schengen-Raum ist eine der wichtigsten Errungenschaften des Europäischen Aufbauwerks. Die Herausforderungen der letzten Jahre (Migrationskrisen, Terroranschläge, Pandemie) haben uns vor Augen geführt, dass die Mittel zum Schutz der EU-Außengrenzen verstärkt werden müssen.

Mehrere laufende Reformprojekte, die von der Europäischen Kommission im Rahmen ihrer im Juni letzten Jahres erläuterten „Schengen-Strategie“ vorgestellt wurden, tragen zur Stärkung des Schengen-Raums bei:

- **Evaluierung** der ordnungsgemäßen Umsetzung des Schengen-Besitzstandes durch die Mitgliedstaaten
- **Festlegung** des Rahmens zur Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen sowie bessere Berücksichtigung der Instrumentalisierung von Migrationsbewegungen durch Drittstaaten und der Lehren, die aus der Pandemie gezogen werden können
- **Einführung** von umfassenden Kontrollen von Menschen, die beim illegalen Grenzübertritt aufgegriffen werden.

Die französische EU-Ratspräsidentschaft schlägt den Mitgliedstaaten vor, diese Verhandlungen zügig voranzubringen und eine in höherem Maße politische und anpassungsfähige Steuerung des Schengen-Raums auf den Weg zu bringen, um eine umfassende Reform des gesamten Schengen-Raums umzusetzen.

Die Zukunft des Katastrophenschutzes in Europa

Die politischen Maßnahmen auf europäischer Ebene im Bereich des Katastrophenschutzes wurden in den letzten Jahren zunehmend verstärkt. Im Zentrum steht dabei der EU-Katastrophenschutzmechanismus, ein Instrument der gegenseitigen Unterstützung und Solidarität, das 2001 ins Leben gerufen und 2019 sowie 2021 ausgebaut wurde.

Angesichts des Klimawandels werden sich die Ministerinnen und Minister unter Berücksichtigung der neuen Risiken, vor denen Europa steht, über die zukünftige Ausrichtung dieser verstärkten Mechanismen austauschen. Dabei werden sie sich auf das Fachwissen der einzelnen Mitgliedstaaten und auch auf Erfahrungswerte aus dem gesellschaftlichen Engagement (Ehrenamtliche, Freiwillige, Vereine) stützen.

Der Kampf gegen Radikalisierung

Im Rahmen eines Arbeitssessens werden die Ministerinnen und Minister darüber sprechen, wie die Herausbildung von Gruppen, die im Widerspruch zu unseren Werten stehen, innerhalb unserer Gesellschaft verhindert werden kann. Gilles Kepel, Experte für den Islam sowie die moderne arabische Welt und Professor an der Université Paris Sciences et Lettres sowie an der Sciences Po, wird diese Diskussionen anstoßen. Bei den Gesprächen wird es darüber hinaus auch um die Finanzierung radikaler Gruppierungen gehen.

Das neue Migrations- und Asylpaket

Die Europäische Union steht im Hinblick auf die Migration und den Schutz ihrer Außengrenzen weiterhin vor großen Herausforderungen. Diese erfordern eine gezielte europäische Antwort zur Verbesserung des gemeinsamen Vorgehens im Bereich der Migration und zur Konsolidierung unseres Raumes des freien Personenverkehrs.

Zu diesem Zwecke hat die Europäische Kommission am 23. September 2020 ein neues Migrations- und Asylpaket vorgestellt. Die französische EU-Ratspräsidentschaft ist der Ansicht, dass dieses Reformpaket aufgrund seiner Komplexität schrittweise ausgehandelt werden muss, wobei gleichzeitig hohe Ansprüche aufrechterhalten werden sollen.

Die Ministerinnen und Minister werden sich über die Inhalte einer ersten Verhandlungsrunde austauschen, die sowohl auf Ebene der Rechtsetzung als auch auf operativer Ebene schnelle Ergebnisse hervorbringen könnte, und zwar im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Drittstaaten, die Kontrolle der Außengrenzen, die Unterstützung der am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten und die Kontrolle der Sekundärmigration.

Das Prinzip des Gleichgewichts zwischen Verantwortung und Solidarität bleibt im Zentrum dieser ersten sowie auch jeder weiteren Etappe.

Tagesordnung

Donnerstag, 3. Februar 2022

- 09:30 Uhr** **Arbeitssitzung von Vertretern der Mitgliedstaaten**
- Austausch über die Sicherheit der europäischen Grenzen
 - Die Zukunft des Katastrophenschutzes in Europa angesichts des Klimawandels

12:30 Uhr **Gruppenfoto**

13:00 Uhr **Arbeitsessen: Diskussion über den Kampf gegen Terrorismus und Radikalisierung**

14:45 Uhr **Arbeitssitzung zum Migrations- und Asylpaket**

16:30 Uhr **Gemeinsame Pressekonferenz des französischen Innenministers, Gérald Darmanin, und der EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson**

Teilnehmende

Neben den 27 EU-Mitgliedstaaten werden auch die vier Nicht-EU-Mitgliedstaaten, die Teil des Schengen-Raums sind (Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein), bei den Gesprächen über die Sicherheit der europäischen Grenzen vertreten sein.

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Margaritis Schinas, und die EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, werden ebenfalls an dieser Diskussion zum Schengen-Raum teilnehmen. Ylva Johansson wird auch beim Arbeitsessen zum Thema Radikalisierung sowie bei der Diskussion über das Migrations- und Asylpaket am Nachmittag zugegen sein. Der EU-Kommissar für Krisenmanagement, Janez Lenarcic, wird sich an der Diskussion über die Zukunft des Katastrophenschutzes in Europa beteiligen.

Der Vorsitzende des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europäischen Parlaments wird den gesamten Tag über anwesend sein.

Der Exekutivdirektor von Frontex, die Exekutivdirektorin der Asylagentur der Europäischen Union sowie der Koordinator für Terrorismusbekämpfung werden jeweils an den ihre Ressorts betreffenden Diskussionen teilnehmen.

Informelles Treffen der Justizminister

Freitag, 4. Februar – Lille

Das informelle Treffen der Minister für Justiz und der Minister für Inneres findet jeweils am 3. und 4. Februar 2022 in Lille statt. Die Innenminister treffen sich am 3. Februar in Anwesenheit von Vertretern der Europäischen Kommission sowie von Frontex, Europol und der Asylagentur der Europäischen Union; die Justizminister treffen sich am 4. Februar.

Grußwort von **Éric Dupond-Moretti**, Siegelbewahrer, französischer Justizminister

Das Europa der Justiz ist ein Europa der Werte, die in den gemeinsamen Idealen von Freiheit, Toleranz und Achtung der Vielfalt wurzeln. Dieses Europa ist auch ein einsatzbereites Europa, das bestrebt ist, die Wirksamkeit der juristischen Maßnahmen über die Grenzen hinaus zu gewährleisten, indem es auf die konkreten, aus dem Leben unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger gegriffenen Bedürfnisse eingeht. Diese beiden für die Schaffung des europäischen Rechtsraums wesentlichen Aspekte werden im Zentrum des informellen Treffens der Justizminister stehen. Die oberste Priorität der französischen Ratspräsidentschaft im Bereich Justiz ist die Bekämpfung jedweder Form von Hass und Diskriminierung, sowohl in der physischen als auch in der virtuellen Welt.

Die Bekämpfung von Hass setzt zuallererst eine starke Bekräftigung des Verbots bestimmter Verhaltensweisen voraus. Aus diesem Grund möchte die französische EU-Ratspräsidentschaft mit den Justizministern über den Vorschlag diskutieren, die Hassverbrechen und Hassreden unter den europäischen Straftaten (den sogenannten „Eurocrimes“), die wir gemeinsam bekämpfen wollen, in den AEU-Vertrag aufzunehmen. Eine derartige Änderung der höchsten europäischen Rechtsnorm hätte nicht nur einen hohen symbolischen Wert, sondern würde in weiterer Folge auch dazu führen, dass auf europäischer Ebene ein gemeinsamer Standard zur Definition dieser Straftaten zur Verfügung stünde, der unserem Bekenntnis zur Meinungsfreiheit Rechnung trägt. Darüber hinaus setzt die Bekämpfung von Hass voraus, dass wir im Hinblick auf die Zunahme dieses Phänomens im Internet und auf den sozialen Netzwerken wirkungsvoller vorgehen. Über die aktuellen die Rechtssetzung betreffenden Verhandlungen zum DSA (Digital Services Act) hinaus ist es erforderlich, die Modalitäten, nach denen die Justizbehörden mit den Akteuren im Bereich der Digitalisierung zusammenarbeiten, zu verschärfen. Das Aufkommen und die Verbreitung von Hassreden im Internet sind maßgeblich mit einem sehr weit verbreiteten Gefühl der Straflosigkeit verbunden. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, die Urheber von durch Hass motivierten Taten im Internet identifizieren und strafrechtlich verfolgen zu können. Aus diesem Grund wurden Vertreter der großen globalen Internetplattformen (Google, Meta, Twitter) neben der Generalstaatsanwältin von Paris ebenfalls zu diesem Treffen eingeladen. In den Gesprächen wird es insbesondere auch darum gehen, wie wichtig es ist, über einen europäischen Rechtsrahmen zu verfügen, der elektronische Beweismittel zulässt. Dieser unverzichtbare Rechtsrahmen befindet sich derzeit in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament im Aufbau, und es wird Zeit, dass ein wirksames, einsatzfähiges Instrument geschaffen wird.

Eine im Alltag wirkungsvolle europäische Justiz muss ganz besonders die Kinder schützen. Es war mir ein Anliegen, mit meinen Amtskolleginnen und Amtskollegen an Möglichkeiten zu arbeiten, die einzelstaatlichen Maßnahmen im Hinblick auf Entführungsalarmsysteme besser aufeinander abzustimmen. Diese in Europa weit verbreiteten Systeme, die häufig sehr wirkungsvoll sind, wenn es darum geht, ein entführtes Kind in den ersten Stunden nach seinem Verschwinden wiederzufinden, dürfen nicht an den Grenzen enden. Es muss auch

die Möglichkeit bestehen, sie sehr schnell in den benachbarten Staaten zu aktivieren. Damit können Leben gerettet werden. Kinder zu schützen, bedeutet auch, die Vielfalt der Familien zu achten. Familien können in der heutigen Zeit die verschiedensten Formen annehmen. Wir respektieren, dass jeder Mitgliedstaat über seine eigenen juristischen und kulturellen Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Feststellung der Abstammung verfügt. Wenn Familien allerdings innerhalb der Europäischen Union umziehen, sollten die entsprechend geltendem Recht in einem Mitgliedstaat festgestellten Abstammungsverhältnisse nicht zu einem späteren Zeitpunkt in einem anderen Mitgliedstaat in Frage gestellt werden dürfen. Die Kommission bereitet derzeit Vorschläge bezüglich dieser Thematik vor. Es schien mir unabdingbar, dass die Ministerinnen und Minister die Gelegenheit erhalten, gemeinsam darüber zu diskutieren.

Die Justizminister treffen sich am 4. Februar.

Bei den Gesprächen wird es um drei Themenbereiche gehen.

Schutz der europäischen Bürgerinnen und Bürger vor Hassverbrechen und Hassreden

Der Kampf gegen Hassreden und aus Hass begangene Straftaten ist eine der Prioritäten der französischen EU-Ratspräsidentschaft. Vor dem Hintergrund der Zunahme schwerwiegender Erscheinungsformen von Hass im Netz erwägt die Europäische Union neue, in engem Bezug zu den digitalen Plattformen stehende Handlungsinstrumente, um gegen diese unmittelbare Bedrohung ihrer Grundwerte vorzugehen.

Auch der Vorschlag der Europäischen Kommission, durch den die EU-Mitgliedstaaten dazu aufgefordert werden, ihre Verbundenheit mit den Werten der Europäischen Union zu bekräftigen, indem sie die Liste der in Art. 83 Abs. 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union aufgeführten europäischen Straftaten um „Hassreden und Hassverbrechen“ erweitern, wird zur Sprache kommen.

Darüber hinaus wird das Treffen einen Austausch mit Vertretern der großen Internetbetreiber (Google, Meta und Twitter) ermöglichen, die ebenfalls an der Zusammenarbeit in diesem Bereich beteiligt sind. Gegenstand der Gespräche werden die Beziehungen dieser Betreiber zu den Justizbehörden und die ermittelten Schwierigkeiten sowie Verbesserungsmöglichkeiten sein, insbesondere durch die Weiterentwicklung des bestehenden europäischen Rechtsrahmens im Hinblick auf die Aufnahme digitaler Beweismittel. Zudem wird Laure Beccuau, die Generalstaatsanwältin von Paris, im Zuge eines Vortrags ihre Erfahrungen teilen.

Auch der Direktor der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte wird an den Gesprächen dieses Vormittags teilnehmen.

Verbesserung der Wirksamkeit der Entführungsalarmsysteme

In einem nächsten Schritt werden die Ministerinnen und Minister über Alarmierungssysteme für die Bevölkerung bei Kindesentführungen diskutieren. Bis heute gibt es noch kein europäisches Entführungsalarmsystem und darüber hinaus verfügen auch nicht alle EU-Mitgliedstaaten über ein derartiges nationales System. Kindesentführer machen jedoch nicht an Landesgrenzen Halt, insbesondere nicht in Europa, wo mehr als 35% der Bevölkerung in Grenzgebieten leben und Personenfreizügigkeit herrscht.

Anlässlich dieses Treffens werden sich die Justizminister über die Frage der grenzüberschreitenden Erweiterung dieser Alarmierungssysteme und die Abstimmung der nationalen Systeme austauschen, mit dem Ziel, deren Wirksamkeit zu verbessern.

Prüfung der Modalitäten für die Anerkennung der Abstammung zwischen den EU-Mitgliedstaaten

Schließlich wird es in den Gesprächen um die Frage der Anerkennung der Abstammung zwischen den Mitgliedstaaten gehen. Auch wenn in Familiensachen im Hinblick auf Scheidung, Trennung, elterliche Verantwortung sowie Rechtsnachfolge eine intensive Zusammenarbeit besteht, gibt es keine europäischen Rechtsvorschriften zum anwendbaren Recht oder zur Anerkennung von Dokumenten und Gerichtsentscheidungen in Bezug auf Abstammungsverhältnisse, welche vom jeweiligen nationalen Recht der einzelnen Mitgliedstaaten geregelt sind. Die Nichtanerkennung eines in einem Mitgliedstaat festgestellten Abstammungsverhältnisses in einem anderen Mitgliedstaat kann jedoch weitreichende Auswirkungen für die Kinder haben.

Die Anerkennung von in einem Mitgliedstaat festgestellten Abstammungsverhältnissen in der gesamten Europäischen Union sowie die Aufrechterhaltung der Ansprüche der Kinder gegenüber ihren Eltern innerhalb der Europäischen Union stellen daher wesentliche Aspekte dar, die, unter Beachtung der legitimen Unterschiede, die bezüglich der Feststellung der Abstammung zwischen den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften bestehen, geschützt werden müssen.

Eine entsprechende Rechtsetzungsinitiative zur Anerkennung der Abstammung zwischen den Mitgliedstaaten könnte von der Europäischen Kommission vorgeschlagen werden. Die Justizminister sind dazu eingeladen, gemeinsam über die Vorteile und die Form, die eine solche Initiative annehmen könnte, zu diskutieren.

Tagesordnung

Freitag, 4. Februar 2022

09:00 Uhr Arbeitssitzung von Vertretern der EU-Mitgliedstaaten zum Thema Bekämpfung von Hass

11:00 Uhr Treffen mit Vertretern der Internetkonzerne Google, Meta und Twitter zum Thema Hass im Netz

12:30 Uhr Gruppenfoto

13:00 Uhr Arbeitssessen: Diskussion über Alarmierungssysteme für die Bevölkerung bei Kindesentführungen

14:45 Uhr Arbeitssitzung über die Anerkennung der Abstammung zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union

16:45 Uhr Gemeinsame Pressekonferenz des französischen Justizministers, Eric Dupond-Moretti, und des EU-Kommissars für Justiz, Didier Reynders

Teilnehmende

Der EU-Kommissar für Justiz, die Justizminister der EU-Mitgliedstaaten und der Vorsitzende des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) sowie der Vorsitzende des Rechtsausschusses (JURI) des Europäischen Parlaments werden am 4. Februar 2022 am informellen Treffen der Justizminister teilnehmen.

Der Direktor der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, die Generalstaatsanwältin von Paris und Vertreter der Internetkonzerne Google, Meta und Twitter werden sich am Vormittag des 4. Februar 2022 bei der Arbeit zum Thema der Bekämpfung von Hass im Netz einbringen.

Die Stadt Lille

Lille, die berühmte Hauptstadt von Französisch-Flandern, auch „Belle des Flandres“ genannt, liegt unweit der belgischen Grenze und ist ein wahrer kultureller und gastronomischer Anziehungspunkt der Region Hauts-de-France.

Nach flämischer, burgundischer und spanischer Herrschaft wurde Lille französisch und hat durch diese Geschichte ein außergewöhnliches architektonisches Erbe. Handelsstadt seit dem Mittelalter, Zitadelle unter Ludwig XIV., Industriestadt im 19. Jahrhundert, aufstrebende Stadt im 20. Jahrhundert: Lille hat die Spuren seiner Vergangenheit bewahrt und blickt gleichzeitig in die Zukunft, indem es sich zu einer der beliebtesten Universitätsstädte für Studierende entwickelt hat. Die Kultur steht im Mittelpunkt aller Aktivitäten in Lille.

Der Palais des Beaux-Arts ist eines der bedeutendsten Museen Frankreichs und das Festival lille3000 belebt die Innenstadt alle drei Jahre mit zahlreichen Ausstellungen und Aufführungen. Sehenswert ist auch die Grande Braderie, die Lille jedes Jahr im September in den größten Flohmarkt Europas verwandelt. Das Kongresszentrum Lille Grand Palais bietet über 45 000 m² Fläche mit modularer Raumaufteilung.

Visiter Lille



Pressekontakte

- **Französisches Ministerium des Innern**

service-presse@interieur.gouv.fr

+33 1 40 07 22 22

- **Französisches Ministerium der Justiz**

presse-justice@justice.gouv.fr

+33 1 44 77 65 92



europe2022.fr